

Gerhards, Jürgen; Lengfeld, Holger; Schupp, Jürgen

Article

Arbeitsmarkt in Deutschland: hohe Akzeptanz der Chancengleichheit für europäische Bürger

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Gerhards, Jürgen; Lengfeld, Holger; Schupp, Jürgen (2007) : Arbeitsmarkt in Deutschland: hohe Akzeptanz der Chancengleichheit für europäische Bürger, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 74, Iss. 4, pp. 37-42

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151486>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Arbeitsmarkt in Deutschland: Hohe Akzeptanz der Chancen- gleichheit für europäische Bürger

Jürgen Gerhards
gerhards@
zedat.fu-berlin.de

Holger Lengfeld
holger.lengfeld@
fernuni-hagen.de

Jürgen Schupp
jschupp@diw.de

Die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) besitzen formal die gleichen Zugangsrechte zu allen nationalen Arbeitsmärkten der EU-Mitgliedstaaten. Eine im Sommer 2006 durchgeführte Sondererhebung des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) für Deutschland zeigt, dass dieses Gleichheitsrecht von einem Großteil der Bürgerinnen und Bürger anerkannt wird; zwei Drittel der Befragten empfinden die Chancengleichheit für EU-Bürger als gerecht. Das Ausmaß der Akzeptanz nimmt dabei mit dem beruflichen Qualifikationsgrad der Befragten zu. Diese Einstellungen haben allerdings bisher nur wenig Einfluss in konkreten ökonomischen Entscheidungssituationen. Im Rahmen eines Fallbeispiels wird gezeigt, dass bei hoher allgemeiner Zustimmung zur Chancengleichheit vergleichbare Dienstleistungen ausländischer Anbieter vor allem dann in Anspruch genommen werden, wenn diese deutlich preiswerter sind als die der deutschen Konkurrenz.

1. Bericht

Arbeitsmarkt in Deutschland:
Hohe Akzeptanz der Chancengleichheit
für europäische Bürger
Seite 37

Europäisierung von Gleichheit

Die Entwicklung der Europäischen Union ist seit ihrer Gründung durch zwei Merkmale gekennzeichnet:¹ (1) die Zunahme der Anzahl der Mitgliedsländer und (2) die weitere Vertiefung der politischen und gesellschaftlichen Integration. Unter „Vertiefung“ wird die Übertragung vormals nationaler Souveränitätsrechte auf die Institutionen der EU verstanden.² Dieser Prozess führt zu einer Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen in den Mitgliedsländern. Dies gilt auch für die Gleichheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Von der Entstehung der Nationalstaaten bis weit in das 20. Jahrhundert hinein bedeutet die Idee der Gleichheit vor allem gleiche Rechte und Pflichten derjenigen, die einem Nationalstaat angehören. Ausländer haben in aller Regel nicht das Recht,³ sich in einem fremden Land niederzulassen, dort zu arbeiten, eine Ausbildung zu genießen, zur Wahl zu gehen oder am Wohlfahrtsstaat zu partizipieren.

¹ Vgl. hierzu Kaelble, H.: Europäische Vielfalt und der Weg zu einer europäischen Gesellschaft. In: Hradil, S., Immerfall, S. (Hrsg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen 1997, 27–68 sowie Vobruba, G.: Die Dynamik Europas. Wiesbaden 2005.

² Die heutige Europäische Union startete mit der Festlegung einer gemeinsamen Verwaltung für die Kohle- und Stahlindustrie. Schritt für Schritt wurden andere Bereiche in den Prozess der Vertiefung einbezogen: Eine Zollunion wurde gegründet, ein gemeinsamer Binnenmarkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion wurden gebildet, und schließlich wurde für eine Teilgruppe der EU-Länder eine gemeinsame Währung eingeführt.

³ Sieht man an dieser Stelle von einigen allgemeinen Rechten ab, die für alle Menschen gelten und in den Menschenrechten kodifiziert sind.

Kasten

Die analysierten Daten entstammen einer Sondererhebung des vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit TNS Infratest Sozialforschung durchgeführten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP). Dabei wurden 1 063 zufällig und repräsentativ ausgewählte Personen im Sommer 2006 zum Themenblock Europa befragt.¹ Die Fragen dieses Themenblocks wurden in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Makrosoziologie des Instituts für Soziologie der Freien Universität Berlin konzipiert. Der erste Fragenblock bezog sich auf die Chancengleichheit von Arbeitnehmern aus einem anderen EU-Mitgliedsland auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Gefragt wurde: „Ein Ziel der Europäischen Union ist es, dass jeder Arbeitnehmer in jedem Land der EU arbeiten darf. Wie ist Ihre Meinung zu folgender Aussage?“

„Es ist gerecht, dass Arbeitnehmer aus einem anderen Mitgliedsland der EU in Deutschland arbeiten dürfen, auch wenn es für manche Deutsche dann schwieriger wird, einen Job zu bekommen.“

„Stimme voll zu; stimme eher zu; lehne eher ab; lehne voll ab.“

Diese Frage wurde in vier weiteren Varianten gestellt. Dabei wurde auch nach der Chancengleichheit für deutsche Arbeitnehmer im EU-Ausland gefragt. Damit sollte geprüft werden, in welchem Ausmaß sich die Deutschen möglicherweise höhere Rechte im Zugang zum Arbeitsmarkt einräumen, als sie dies gegenüber EU-Ausländern tun. In den weiteren Varianten wird nach der Chancengleichheit für Arbeitnehmer aus Frankreich, Polen und der Türkei gefragt. Die jeweiligen Länder stehen dabei als Vertreter von Ländergruppen: Frankreich als altes, im Wohlstandsniveau Deutschland sehr ähnliches EU-Land, Polen als neues EU-Mitglied aus Mitteleuropa und ein relativ zu Deutschland ärmeres Land und die Türkei als aktueller Beitrittskandidat mit einem im Vergleich zu den anderen Ländern geringen sozioökonomischen Modernisierungsgrad.²

¹ Die Feldarbeit der Erhebung „Persönlichkeit und Gemeinschaft“, die in der Zeit vom 29.5.2006 bis 21.6.2006 durchgeführt wurde, lag in den Händen von TNS Infratest Sozialforschung, München. Befragt wurden Personen ab 16 Jahren in Privathaushalten mithilfe von computerunterstützten persönlichen Interviews (CAPI). Die Ausschöpfungsquote der Random-Route-Zufallsstichprobe lag bei 48,1 %.

² Vgl. zum Zusammenhang von Wertvorstellungen und sozioökonomischem Modernisierungsgrad: Gerhards, J. unter Mitarbeit von Hölscher, M.: Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Wiesbaden 2005.

Die Vertiefung der europäischen Integration hat die Konstruktion der Gleichheitsrechte nachhaltig verändert.⁴ Die Idee nationalstaatlich begrenzter Gleichheit wurde ausgedehnt und europäisiert: Die nationalstaatliche Orientierung wird Schritt für Schritt ersetzt durch eine europäische, die alle Bürger der EU-Mitgliedstaaten als Gleiche betrachtet. Damit verschiebt sich die legitimierte Ungleichheitsgrenze an die räumliche Außengrenze der EU. Dies gilt allerdings vorerst nur für ausgewählte gesellschaftliche Bereiche. Nahezu vollständig umgesetzt wurde die Idee einer europaweiten Gleichheit innerhalb der EU im Bereich des Arbeitsmarkts. Mit der Implementierung der sogenannten „Vier Freiheiten“ für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital ist auch die Idee einer europäischen Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt zum europaweiten Rechtsanspruch geworden.⁵

Die Gleichbehandlung aller Europäer bezieht sich aber nicht nur auf den Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern auch auf den Anspruch auf Sozialleistungen, Steuervorteile oder die Beantragung von Sozialwohnungen. Weiterhin gilt, dass die Familie unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – also auch aus einem nicht-europäischen Land – berechtigt ist, mitzuziehen und Familienleistungen auf derselben rechtlichen Grundlage zu erhalten wie Inländer.

Akzeptanz der Arbeitsmarktöffnung durch die Bürger der Europäischen Union

Formale Rechte und Pflichten sind eine Sache, die Akzeptanz dieser Regeln eine andere. Gerade in Demokratien ist die Übereinstimmung der Politik mit den Präferenzen der Bevölkerung von zentraler Bedeutung. Daher stellt sich die Frage, ob die Bürger die Idee der europäisierten Gleichheit

⁴ Vgl. hierzu Gerhards, J.: Europäische versus nationale Gleichheit. Die Akzeptanz der Freizügigkeitsregel für Arbeitskräfte in den Mitglieds- und Beitrittsländern der Europäischen Union. In: Heidenreich, M. (Hrsg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse. Frankfurt 2006, 253–278.

⁵ Für die der EU neu beigetretenen Länder wurden jedoch Übergangsfristen vereinbart. Portugal und Spanien sind der EU bereits 1986 beigetreten, die volle Freizügigkeit wurde jedoch erst im Jahr 1993 implementiert, da man starke Migrationsbewegungen von diesen ökonomisch schwächeren Beitrittsländern in die wohlhabenderen Kernländer erwartete. Auch für die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, die der Gemeinschaft im Mai 2004 beigetreten sind, wurden Übergangsregeln erlassen. Einige der alten EU-Länder, allen voran Deutschland und Österreich, befürchteten massive Wanderungsbewegungen. Diese Übergangsfristen sind auf bestimmte Länder und Personengruppen bezogen, sie sind zeitlich gestaffelt und auf maximal sieben Jahre beschränkt. Danach wird die Idee der Gleichheit aller Bürger im gesamten EU-Raum Geltung besitzen. Vgl. Kvist, J.: Does EU Enlargement Start a Race to the Bottom? Strategic Interaction among EU Member States in Social Policy. Journal of European Social Policy 14, 2004, 301–318; siehe auch die Studien des DIW Berlin zur besonderen Rolle des Arbeitsmarkts im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung, etwa Brücker, H.: EU-Osterweiterung: Abschottung oder regulierte Öffnung? Zu den Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 31/2001 sowie Bosch, G., Worthmann, G.: Arbeitsmobilität in der EU. Bisherige Erfahrungen und künftige Herausforderungen. Arbeit 15/2006, 292–297.

unterstützen oder ob sie ein Ungleichheitskonzept favorisieren, das zwischen Inländern und Ausländern unterscheidet. Anders gefragt: Wird die institutionelle Europäisierung der Gleichheitsidee durch eine Europäisierung der persönlichen Einstellungen und Werte untermauert?

Empirische Hinweise dazu liegen aus einer Sondererhebung des SOEP vor (Kasten). Danach stimmen fast zwei Drittel der Befragten der allgemeinen Chancengleichheit für EU-Ausländer zu (Tabelle 1). Aus diesem durchaus überraschenden Ergebnis lässt sich schließen, dass die durch die Freizügigkeitsregel implementierte Idee einer Gleichheit aller EU-Bürger offenbar große Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland findet. Zwar billigen sich die Deutschen durchschnittlich größere Rechte zu als sie dies EU-Ausländern gegenüber tun. Diese Zustimmungsdifferenz fällt aber mit rund fünf Prozent relativ gering aus.⁶ Die Vorstellung einer europäischen Gleichheit ist offenbar in der Bevölkerung Deutschlands gut verankert.

Blickt man auf die Antworten der nach Herkunft eines Arbeitnehmers differenzierenden Fragen, so ergibt sich ein nach dem Wohlstandsniveau des Herkunftslandes abgestuftes Bild: Französischen Arbeitnehmern werden häufiger gleiche Chancen zugebilligt als polnischen Arbeitnehmern, und Polen häufiger als den Arbeitnehmern des Beitrittskandidaten Türkei. Erstaunlich ist aber, dass die Chancengleichheit für alle drei Gruppen mehr Zustimmung als Ablehnung erfährt. Bei den türkischen Arbeitnehmern plädieren jedoch nur noch 55 % der Befragten für gleiche Chancen.

Gewinner und Verlierer der Arbeitsmarktöffnung

Es ist zu vermuten, dass diejenigen Bevölkerungsgruppen, die durch Migration aus anderen Ländern Nachteile für ihre eigenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehen, sich eher gegen die Idee der europäischen Gleichheit aussprechen werden als jene Personen, für die dies nicht der Fall ist oder die sogar von der Einwanderung profitieren.⁷ Tabelle 2 zeigt die Zustimmungsraten zur europäisierten Chancengleichheit für Personen mit unterschiedlichem Qualifikationsgrad. Die Zustimmung zur europäisierten Gleichheit steigt mit höherem Ausbildungsgrad nahezu kontinuierlich an: Die höchsten Zustimmungsraten weisen die Universitätsabsolventen auf, gefolgt von den Fachhochschulabsolventen, den Meistern und Technikern und den Personen mit einfacher abgeschlossener Berufsausbildung.⁸ Trotz dieser Unterschiede zwischen den Qualifikationsgruppen wird deutlich,

Tabelle 1

Einstellungen zur europäisierten Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt

In %

	Zustimmung ¹
EU-Arbeitnehmer in Deutschland	64
Deutsche Arbeitnehmer im EU-Ausland	69
Französische Arbeitnehmer in Deutschland	74
Polnische Arbeitnehmer in Deutschland	64
Türkische Arbeitnehmer in Deutschland	55

N = 973

¹ Die Zustimmungskategorien wurden zusammengefasst.

Quellen: SOEP-Pretest 2006;

Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 2

Chancengleichheit für EU-Ausländer nach beruflicher Qualifikation der Befragten

In %

	Zustimmung ¹
Ohne Berufsausbildung	67
Mit Berufsausbildung	56
Mit weitergehendem Abschluss (Meister, Techniker)	62
Fachhochschulabschluss	74
Universitätsabschluss	81

N = 973

¹ Die Zustimmungskategorien wurden zusammengefasst.

Quellen: SOEP-Pretest 2006;

Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

dass sich keine der Gruppen mehrheitlich gegen die europäisierte Chancengleichheit ausspricht. Selbst die betrieblich Ausgebildeten zeigen sich mit 56 % noch recht europafreundlich.

Wie kann man diese Befunde erklären? Aus der Migrationsforschung ist bekannt, dass – auch wenn die Zuwanderung europäischer ausländischer Arbeitskräfte auf die jeweiligen nationalen Arbeits-

⁶ Die Korrelation (Pearson r) zwischen beiden Fragen beträgt .83 (signifikant auf dem 1 %-Niveau).

⁷ Vgl. hierzu Brücker, H.: Die Arbeitsmarkteffekte der Ost-West-Migration: Theoretische Überlegungen, Simulationen und empirische Befunde. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, Heft 4/2003, 579–593 und Nerb, G. et al.: Chancen und Risiken veränderter Rahmenbedingungen für die Dienstleistungsunternehmen durch die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Ifo Forschungsbericht 29/2006, München. Zu einer aktuellen Analyse hinsichtlich der Arbeitsmigration nach der EU-Osterweiterung siehe Binzel, C. et al.: Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft – Chancen zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit Europas nutzen. Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 51–52/2006.

⁸ Dieses Muster stimmt nicht für Personen ohne Berufsausbildung. Schaut man sich diese Gruppe aber genauer an, so handelt es sich zu 70 % um Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, da sie gar nicht erwerbstätig sind bzw. sein wollen. Zwei Drittel davon sind Frauen. Da diese Personen nicht um knappe Arbeitsplätze konkurrieren, ist zu vermuten, dass sie von der europäisierten Chancengleichheit geringere Nachteile erwarten werden. Daher ist es plausibel, dass diese Personen in höherem Maße der europäisierten Chancengleichheit zustimmen als die Menschen mit einfacher Berufsausbildung.

märkte insgesamt geringer sein wird als oftmals angenommen – sich die Beschäftigung trotz des guten Ausbildungsstandes der Migranten vor allem auf Sektoren mit einfachen Servicetätigkeiten und relativ geringer Entlohnung konzentriert. Auf dem Arbeitsmarkt treten sie dann vielfach in Konkurrenz zu den niedrig qualifizierten inländischen Arbeitnehmern dieser Wirtschaftszweige. Die besser verdienenden Bürgerinnen und Bürger dürften hingegen eher von der erhöhten Konkurrenz auf dem unteren Segment des Arbeitsmarktes profitieren, weil die Lohnkonkurrenz zu Preisnachlässen auf Waren und Dienstleistungen führen wird. Die Idee einer europäischen Gleichheit kann also für manche mit Gewinnen, für andere jedoch mit Verlusten verbunden sein.⁹

Handlungsrelevanz von Werten

In der Umfrageforschung wird häufig unterstellt, dass die Menschen den Werten, die sie vertreten, auch praktisch Folge leisten, d. h. die in den Umfragen geäußerten Werte seien handlungsrelevant. Es ist aber eine Frage der empirischen Prüfung, ob und in welchem Maße Werte – in diesem Fall die Idee der europäisierten Chancengleichheit – einen Einfluss auf die Handlungen der Bürger haben. Die Befragten wurden daher mit folgender Entscheidungssituation konfrontiert:

„Stellen Sie sich jetzt bitte die folgende Situation aus dem Alltag vor: Ihre Waschmaschine ist kaputt, und Sie wollen sie durch eine Fachfirma reparieren lassen. Sie erhalten ein Angebot von einer deutschen und einer polnischen Firma. Beide Firmen nehmen 200 Euro für die Reparatur. Die Qualität der Leistung und die Zuverlässigkeit der Handwerker sind bei beiden Firmen absolut gleich. Würden Sie dann lieber die deutsche oder lieber die polnische Firma beauftragen?“ Die Befragten konnten zwischen den Alternativen „Deutsche Firma“, „Polnische Firma“ und „egal“ wählen.

Wie Tabelle 3 zeigt, würden drei Viertel aller Befragten eine deutsche Firma bevorzugen. Knapp ein Viertel sagt, dass es egal sei, welche der beiden Firmen die Reparatur übernimmt. Bedenkt man, dass sich 64 % der Befragten für eine Gleichheit von Polen und Deutschen auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgesprochen hatten (Tabelle 1), dann fällt der Unterschied zwischen der Werteeinstellung einerseits und der (simulierten) Handlung der Befragten andererseits sehr deutlich aus. Auch wenn sich die Bürger mehrheitlich für einen gleichen Zugang der EU-Ausländer zum deutschen Arbeitsmarkt aussprechen, heißt dies offenbar noch lange nicht, dass sie deutsche und polnische Dienstleister generell gleich behandeln würden. Es ist aber nicht auszuschließen, dass Vermutungen über indirekte Leistungsunterschiede (Nebenleistung) mit in diese Urteilsfindung einfließen. Hierzu könnten zählen, dass die Bürgerinnen und Bürger sprachliche Verständigungsprobleme mit dem polnischen Anbieter oder höhere Folgekosten bei möglichen Garantieleistungen vermuten. Auch können kulturelle Vorurteile Ausschlag gebend werden.

Dennoch wirken sich die generalisierten Werte durchaus auf die Handlungen der Akteure aus. Der zweiten und dritten Spalte von Tabelle 3 ist zu entnehmen, dass sich unter denjenigen Befragten, die auf der generalisierten Ebene für eine europäische Gleichheit auf dem Arbeitsmarkt plädieren, doppelt so viele Personen befinden, denen es egal ist, ob sie eine deutsche oder polnische Firma beauftragen (30 % gegenüber 14 %).

Wie eine Vielzahl von Studien gezeigt hat, hängt die Handlungsrelevanz der Werteorientierungen entscheidend von den Kosten der Wertbefolgung ab.¹⁰ Je höher die Kosten der Befolgung der eigenen Werte sind, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Werte wirklich handlungsrelevant werden. In der SOEP-Sondererhebung wurde versucht, die Kosten in der Befragungssituation dreifach zu variieren. Dies geschah so, dass die Preise für die Reparatur der Waschmaschine der polnischen Firma verändert wurden:

„Nehmen wir jetzt einmal an, die polnische Firma ist für die gleiche Leistung 20 Euro preisgünstiger als die deutsche Firma. Die Qualität der Leistung

Tabelle 3

Einstellung zur Chancengleichheit und deren Handlungsrelevanz

In %

	Alle Befragten	Befragte mit ...	
		... Zustimmung zur Ablehnung der ...
		... Chancengleichheit von Polen und Deutschen	
Deutsche Firma beauftragen	74	68	85
Polnische Firma beauftragen	2	2	1
Egal ob deutsche oder polnische Firma	24	30	14

N = 1 053

Quellen: SOEP-Pretest 2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

⁹ Zu vergleichbaren Zusammenhängen zwischen beruflicher Qualifikation bzw. Bildung und Einstellungen zu Arbeitsmigranten gelangen auch Studien aus der soziologischen Vorurteilsforschung; vgl. Rippl, S. et al.: Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Die Rolle von Bedrohungsgefühlen im Kontext situativer und dispositioneller Faktoren. In: Zeitschrift für Soziologie, Heft 4/2005, 288–310.

¹⁰ Vgl. Diekmann, A., Preisendörfer, P.: Green and Greenback. The Behavioral Effects of Environmental Attitudes in Low-cost and High-cost Situations. In: Rationality and Society 15, 2003, 441–472, die diesen Befund am Beispiel von Umwelteinstellungen nachweisen.

und die Zuverlässigkeit sind bei beiden Firmen wieder absolut gleich. Wie würden Sie sich nun entscheiden?“

„Wir wollen Sie noch nach einer dritten Möglichkeit fragen: Nehmen Sie an, dass die polnische Firma für die gleiche Leistung nur die Hälfte des Preises verlangt wie die deutsche Firma, also 100 Euro weniger. Wenn Qualität und Zuverlässigkeit wieder absolut gleich sind: Welche Firma würden Sie jetzt beauftragen?“

Ein Teil der Befragten, die bei gleicher Leistung, gleicher Zuverlässigkeit und gleichem Preis mit deutlicher Mehrheit die deutsche Firma präferieren würden, ändert dann seine Meinung, wenn der polnische Dienstleister preiswerter ist als sein deutscher Konkurrent (Tabelle 4). In der ersten Variante (20 Euro Preisdifferenz, dies entspricht 10%) steigt der Anteil derer, die eine polnische Firma beauftragen würden, von rund 2% auf etwa 25%. In der zweiten Variante – bei gleicher Qualität ist die polnische Firma nur halb so teuer wie die deutsche (100 Euro Preisdifferenz) – dreht sich die Prioritätenordnung komplett um: 62% würden nun die polnische Firma beauftragen. Von den ursprünglich 74% der Befragten, die die deutsche Firma unter der Bedingung gleicher Preise beauftragt hätten, bleiben nur noch 31% übrig. Wie man sieht, haben die Kosten einen enormen Einfluss auf die Entscheidung, welche der beiden Firmen beauftragt wird.

Dabei schlagen diese Kosten offenbar nicht für alle Befragten gleichermaßen zu Buche. Dies ist zu erkennen, wenn man die Befragten danach einteilt, ob sie sich bei den oben vorgestellten Fragen für oder gegen die europäisierte Freizügigkeit auf dem deutschen Arbeitsmarkt aussprechen. Tabelle 5 zeigt, dass die Befragten umso eher bereit sind, in der konkreten Entscheidungssituation höhere Kosten zu tragen, wenn sie sich auf der Ebene der generalisierten Werteorientierungen gegen die europäische Gleichheitsidee aussprechen. Allerdings entscheidet sich auch die Mehrheit derjenigen, die die europäische Chancengleichheit ablehnen, für die polnische Firma, wenn der Preisunterschied zwischen den Firmen 50% beträgt.

Ausblick

Mitte November 2006 hat das Europäische Parlament die im Vorfeld kontrovers diskutierte Dienstleistungsrichtlinie endgültig verabschiedet. Die Mitgliedstaaten müssen diese Richtlinie nun innerhalb der nächsten drei Jahre in nationales Recht umsetzen. Ziel der Richtlinie ist vor allem, den Handel mit grenzüberschreitenden Dienstleistungen zu erleichtern und somit den Binnenmarkt

Tabelle 4

Handlungsrelevanz von Werten bei unterschiedlichen Kosten

In %	Wahl der Reparaturfirma bei gleicher Leistung und Zuverlässigkeit, wenn ...		
	... der Preis gleich ist	... die polnische Firma 10 % preiswerter ist	... die polnische Firma 50 % preiswerter ist
Deutsche Firma	74	62	31
Polnische Firma	2	25	62
Egal	24	13	7
Cramers V	.199	.181	.159

N = 1 053

Quellen: SOEP-Pretest 2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

Tabelle 5

Handlungsrelevanz von Werten nach Grad der Zustimmung zur europäisierten Chancengleichheit

In %	Befragte mit ...	
	... Zustimmung zur Ablehnung der ...
	... Chancengleichheit von Polen und Deutschen	
Gleicher Preis für beide Firmen		
Deutsche Firma beauftragen	68	85
Polnische Firma beauftragen	2	1
Egal ob deutsche oder polnische Firma	30	14
Polnische Firma ist 10 % preiswerter		
Deutsche Firma beauftragen	56	74
Polnische Firma beauftragen	30	16
Egal ob deutsche oder polnische Firma	14	10
Polnische Firma ist 50 % preiswerter		
Deutsche Firma beauftragen	26	41
Polnische Firma beauftragen	67	53
Egal ob deutsche oder polnische Firma	7	6

N = 984

Quellen: SOEP-Pretest 2006; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2007

für Dienstleistungen zu vollenden. Die Richtlinie räumt den Mitgliedstaaten jedoch eine Reihe von Möglichkeiten ein, Dienstleistern aus dem EU-Ausland künftig weiterhin zur Auflage zu machen, die Lohn- und Sozialstandards des Ziellandes einzuhalten.

Die Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass die Mehrzahl der repräsentativ ausgewählten Befragten in Deutschland der Öffnung der inländischen Arbeits- und Dienstleistungsmärkte zustimmt. Es wurde gezeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit deutlicher Mehrheit für die Öffnung der Arbeitsmärkte für EU-Ausländer aussprechen, und zwar auch dann, wenn dadurch Arbeitsplätze für Deutsche knapper werden. Dies gilt mehrheitlich sogar für die Gruppe der gering Ausgebildeten, die am ehesten zu den Verlierern der Öffnung des deutschen

Arbeitsmarkts für Arbeitnehmer aus Mitteleuropa zählen könnten.¹¹

Diese Werteeinstellungen haben aber nur einen schwachen Effekt auf konkrete Entscheidungen: Vor die Aufgabe gestellt, einen Handwerkerauftrag an eine deutsche oder eine polnische Firma zu erteilen, entscheidet sich die deutliche Mehrheit für die deutsche Firma. Für das Angebot des polnischen Dienstleisters würde sich die Mehrheit der Befragten entscheiden, wenn das Angebot der polnischen Firma preislich deutlich unter dem der deutschen Firma läge. Dies gilt sogar für jene Befragten, die der generellen Europäisierung der Arbeitsmärkte kritisch gegenüber stehen. Damit deutet der Befund darauf hin, dass die im ursprünglichen Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie enthaltene stärkere Liberalisierung bei einem Großteil der Deutschen – in Erwartung deutlich niedrigerer Preise für Dienstleistungen – möglicherweise auf Zustimmung gestoßen wäre.

Die Befunde geben insgesamt Hinweise darauf, dass die europäische Integration der Arbeits- und Dienstleistungsmärkte auf der Ebene der Wertvorstellungen der Bürgerinnen und Bürger Deutschlands möglicherweise weiter vorangeschritten sein könnte, als dies von Teilen der Regierung, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen gelegentlich unterstellt wird.¹² Angesichts der in den letzten Jahren zahlreich gewordenen Krisenerscheinungen des europäischen Integrationsprozesses ist dieser Befund sicherlich kein schlechtes Zeichen für die Zukunft der europäisierten Chancengleichheit.

¹¹ Vgl. dazu auch Nerb, G. et al.: Chancen und Risiken ..., a. a. O.

¹² Diese Einschätzung wird auch bestätigt durch aktuelle Ergebnisse des „Eurobarometer“, der im Auftrag der Generaldirektion „Kommunikation“ der EU-Kommission durchgeführten europaweiten Dauerumfrage. In einer Erhebung vom Herbst 2006 spricht sich eine breite Mehrheit (64 %) der europäischen Bürger für einen freien Markt ohne staatliche Eingriffe aus. Vgl. Standard-Eurobarometer 66, 3, *ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb66/eb66_en.htm*.

Aktuelle Buchvorstellung

Herausgeber: Tilman Brück

The Economic Analysis of Terrorism

This book answers two important questions arising from the events of 9/11. First, how does the new global terrorism affect the economy? And second, what contribution can economics make to the analysis of terrorism? The answers to both questions are comprehensive and intriguing, suggesting that the short-term economic costs of 9/11 are more limited than often feared. However, careful economic analysis suggests that the fight against terrorism may impose economic costs as well, thus requiring a careful, three-way balancing act between security, freedom and economic growth.

Economic analysis is used throughout the volume to explain the deadly calculus of terrorists and to outline the choices available to national and global policy makers in the fight against terrorism. The emphasis throughout the book is on combining the main economic theories on terrorism research with cutting edge empirical evidence, presented to be both accessible and interesting to the general public and academic and policy making audiences.

The volume contains 17 thought provoking articles and essays by leading economists from Europe and North America, including Geoffrey Brennan, Tilman Brück, Bruno S. Frey, Dennis C. Mueller, Todd Sandler and Friedrich Schneider. The authors are experts in all areas of economic analysis, ranging from financial and insurance economics, industrial organisation and business economics, microeconomics, international macroeconomics and trade, public choice and public finance to development economics.

This book represents the most thorough and systematic study of the economic of terrorism published since 9/11. It will be of interest to students, researchers and policy makers with an interest in the most challenging policy issue facing the world today.

Herausgeber: Tilman Brück

Listenpreis: \$ 120.00

ISBN: 9780415365239

gebundene Ausgabe, 272 Seiten

Sprache: Englisch

Das Buch ist mit finanzieller Unterstützung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) entstanden.

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Forum Demographischer Wandel:

Prof. Dr. C. Katharina Spieß referierte im Schloss Bellevue

4. Januar 2007

Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Wissenschaftlerin des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) am DIW Berlin und Professorin für Familien- und Bildungsökonomie an der Freien Universität Berlin, hielt anlässlich der Jahreskonferenz „Familie stärken – Zukunft gewinnen“ des Forums Demographischer Wandel des Bundespräsidenten einen Vortrag über „Eine Vision für morgen: Gelingende Familie im Jahr 2020“. Die Konferenz fand am 6. Dezember 2006 im Schloss Bellevue in Berlin statt.

Gelingende Familie im Jahr 2020

Neben einer Neu- bzw. Umstrukturierung von Lebensläufen, die Betreuungs- und Bildungszeiten als legitime Unterbrechung wahrnimmt, hält Katharina Spieß flexible Arbeitszeiten und verlässliche Arbeitszeitmodelle für notwendig. Damit soll auch die sogenannte „Rush-Hour“ des Lebens entzerrt werden.

Familienbezogene Maßnahmen müssten zudem weiterentwickelt werden: Neben einer Unterstützung der Familie durch monetäre Leistungen bedürfe es eines weiteren Ausbaus familienbezogener Dienstleistungen, wie zum Beispiel Angebote in Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen.

In einer Vision für morgen beteilige sich der Staat an der finanziellen Förderung solcher Angebote, und zwar nachhaltig, und Sorge außerdem für die Sicherstellung eines qualitativ guten Angebots für alle Familien. Er müsse nicht selbst der Anbieter dieser Leistungen sein.

C. Katharina Spieß schlug vor, weitere Betreuungs- und Bildungsangebote nicht nur als familienergänzende Angebote zu konzipieren, sondern verstärkt auch als familienintegrierende Angebote zu schaffen, die den Bedürfnissen von Kindern und Eltern gerecht werden. Diese Art der Angebote – so empirische Studien – seien effektiver und effizienter. So könnten zum Beispiel Kindertageseinrichtungen die Funktion von Kinder- und Familienzentren im Stadtteil übernehmen.

Forum Demographischer Wandel

Das Forum Demographischer Wandel wurde im Herbst 2005 durch den Bundespräsidenten in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung initiiert. Die Auftaktkonferenz im Dezember letzten Jahres verdeutlichte, dass viel Konsens und guter Wille vorhanden ist, den demographischen Veränderungen zu begegnen.

Auf der Jahreskonferenz 2006 sollten die wesentlichen Aspekte des Themas vertieft und Handlungsmodelle entwickelt werden.



The German
Socio-Economic
Panel Study

CALL FOR PAPERS

“Neighbourhood Effects Studies on the Basis of European Micro-data”

at Humboldt University of Berlin on March 29 and 30, 2007

This two-day conference which brings together Europe’s ‘Neighbourhood Effects’ researchers, aims to encourage further analysis of the existing European data by looking at research in different countries, undertaken in different academic disciplines. The conference is jointly organised by Georg-Simmel-Center for Metropolitan Research at Humboldt University of Berlin, German Socio-Economic Panel Study (SOEP) at DIW Berlin and Centre for Market and Public Organisation (CMPO) at University of Bristol.

Neighbourhood effects studies have been undertaken, for instance, on the basis of large-scale national surveys like the BHPS, SOEP, and the French Labour Force Survey, but also on the basis of more geographically constrained micro-data like the Swedish Project Metropolitan data, data of the Finnish Vehicle Administration, and other quantitative data collected by Urban Sociologists in European cities. These data provide a rich source for original papers from different European countries to be presented at this conference.

The meeting will be launched by commissioned papers from select international researchers addressing various issues related to neighbourhood effects research. Confirmed participants include

Roger Andersson (University of Uppsala, Sweden)
Nick Buck (University of Essex - ISER, United Kingdom)
Anita Drever (University of Tennessee, USA)
George Galster (Wayne University, USA)
Eric Maurin (Paris-Jourdan Sciences Economiques - PSE, France)

Additional papers are being solicited through this call for abstracts to be presented during the conference sessions. Each paper has 45 minutes in total: 25 for the presenter, 10 for the discussant, and 10 for the floor discussion. The conference language is English.

== *Submission* ==

Researchers who are working on neighbourhood effects on the basis of European micro-data are invited to submit abstracts for consideration. Papers breaking new ground or illustrating the state of the art in empirical research, theoretical, or methodological aspects of neighbourhood effects research are particularly welcome. The organisers strongly encourage multi-disciplinary approaches and contributions by young scholars. We also invite scholars to offer to act as discussants.

Please submit an abstract (approximately 1,000 words) by January 31, 2007 to Evie Norman at CMPO in Bristol: evie.norman@bristol.ac.uk.

Authors of selected abstracts will be invited to submit a full paper of approximately 5,000 - 7,500 words. The paper will be due in electronic format by March 1, 2007 to allow the discussant good time for the paper.

Members of the Program Committee: Prof. Simon Burgess, Ph.D., CMPO Bristol; Prof. Dr. Hartmut Häussermann, Humboldt University of Berlin and Prof. Dr. C. Katharina Spiess, SOEP, Berlin.

Nachrichten aus dem DIW Berlin

Das DIW Berlin beteiligt sich an Exzellenzclusteranträgen von drei Berliner Universitäten

15. Januar 2007

Der Exzellenzclusterantrag der Freien Universität Berlin „Successful learning in modern knowledge societies: Individual and institutional prerequisites“ unter Mitwirkung von Prof. Dr. Jürgen Schupp, Stellvertretender Abteilungsleiter der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) des DIW Berlin, ist bei der Exzellenzinitiative der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in die zweite Runde gekommen.

Ebenfalls in die zweite Runde kam der Clusterantrag der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „Risk and Security“. Das DIW Berlin ist mit Prof. Dr. Tilman Brück, Abteilungsleiter Weltwirtschaft, Prof. Dr. Claudia Kemfert, Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt, und Prof. Dr. Gert G. Wagner, Leiter der Abteilung Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), an dem Antrag beteiligt.

Die Technische Universität Berlin schaffte es mit dem Cluster „Human Centric Communication Cluster (H-C3) unter Mitwirkung von Prof. Dr. Christian Wey in die Endrunde des Exzellenzwettbewerbs. Christian Wey leitet am DIW Berlin die Abteilung Informationsgesellschaft und Wettbewerb.

Über 305 Projektvorschläge

Die Gemeinsame Kommission für die Exzellenzinitiative, bestehend aus der Fachkommission der DFG und der Strategiekommission des Wissenschaftsrats, hat am 12. Januar 2007 über 305 Projektvorschläge entschieden. Die ausgewählten Universitäten können nun bis zum 13. April die ausformulierten Anträge einreichen, über deren Förderung im Oktober entschieden wird.

Vereinbarung zur Exzellenzinitiative

Bund und Länder haben im Juni 2005 die Vereinbarung zur Exzellenzinitiative beschlossen, mit dem Ziel, den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar zu machen. Der DFG werden hierzu 1,9 Milliarden Euro zusätzliche Mittel für die drei Förderlinien „Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“, „Exzellenzcluster zur Förderung der Spitzenforschung“ und „Zukunftskonzepte zum projektbezogenen Ausbau der universitären Spitzenforschung“ zur Verfügung gestellt. Mit den Exzellenzclustern sollen an deutschen Universitätsstandorten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert und dabei wissenschaftlich gebotene Vernetzung und Kooperation ermöglicht werden.

Weitere Informationen

Zweite Runde der Exzellenzinitiative. 35 Universitäten werden zur Antragstellung aufgefordert.

Pressemitteilung der DFG vom 12. Januar 2007.

Ausführliche Informationen zur Exzellenzinitiative auf der Homepage der DFG.



Hinweis auf eine Veranstaltung

DIW Berlin, CEPR London und IZA Bonn laden ein zum Berlin
Lunchtime Meeting mit

Dr. Joachim Pfeiffer, MdB

Die energiepolitische Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft – Chancen zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit Europas nutzen

Kommentar: NN

31. Januar 2007, 12.30 s.t.–14.00 Uhr (bitte Anfangszeit beachten!)

Moderator: Prof. Dr. Georg Meran, Vize-Präsident DIW Berlin

dbb forum berlin, Friedrichstr. 169–170/Französische Straße, 10117 Berlin

Am 10. Januar 2007 hat die EU-Kommission ein Maßnahmenpaket zum Thema Energie und Klimaschutz vorgestellt. Danach sollen die Energieversorgung gesichert, die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und der Klimawandel bekämpft werden. Mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands zum 1. Januar 2007 und dem Vorsitz in der Gruppe der G-8 Staaten kann Deutschland einen richtungsweisenden Beitrag zur Gestaltung der europäischen Politik leisten. Außerdem zeichnet sich in jüngster Zeit eine Fokussierung auf die Themen „Energiesicherheit“ und „Klimaschutz“ ab. Der Vortrag von Dr. Joachim Pfeiffer skizziert Schwerpunkte und Lösungsansätze für die energiepolitische Agenda, die die Bundesregierung setzen will.

Joachim Pfeiffer ist Mitglied des Deutschen Bundestags und Koordinator in Energiefragen der CDU/CSU-Fraktion. Seit 2006 ist er Lehrbeauftragter für Energiepolitik am Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** bis spätestens **26. Januar 2007** via e-mail an events@diw.de zu senden. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Verspätete Anmeldungen können leider nicht entgegengenommen werden.

Wir würden uns freuen, Sie auch an folgenden Terminen begrüßen zu dürfen:

**28. Februar – 28. März – 25. April – 30. Mai – 27. Juni – 31. Oktober –
28. November**

Die Veranstalter danken der Deutsch-Britischen Stiftung für ihre großzügige Unterstützung.

Impressum

DIW Berlin
Königin-Luise-Str. 5
14195 Berlin

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)
Dr. Tilman Brück
Dörte Höppner
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Alfred Steinherr
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
Dr. Elke Holst
Manfred Schmidt
Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter leserservice@diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Satz

eScriptum, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG, Berlin